

Grenzfrees Europa

Wirtschaftsmotor Deutschlands und Luxemburgs

Discours de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et européennes
15. Deutsch-Luxemburgische Wirtschaftskonferenz, Luxemburg

Montag, den 17. Oktober 2016, 17:00 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Zunächst möchte ich betonen, dass es für mich eine große Ehre ebenso wie eine große Freude ist heute mit Ihnen zusammen das fünfzehnte Jubiläum der deutsch-luxemburgischen Wirtschaftskonferenz zu begehen.

Wir feiern das Bestehen und den Erfolg einer Plattform, dessen Bestreben es ist Politik und Wirtschaft miteinander zu verbinden und das Knüpfen von grenzüberschreitenden Kontakten zu erleichtern. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahren der größte Handelspartner Luxemburgs in Bezug auf Warenausfuhr und Dienstleistungsexporte. Im letzten Jahr belief sich das Gesamtausfuhrvolumen auf mehr als 16 Milliarden Euro. Im Gegenzug importierte das Großherzogtum Waren und Dienstleistung im Wert von rund 15 Milliarden Euro. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit unserer beiden Länder geht allerdings weit über den Import- und Exporthandel hinaus: man denke an den *Business Club* Luxemburg in Deutschland und die Deutsch-Luxemburgische Wirtschaftsinitiative in Luxemburg– zwei Netzwerke, die den professionellen Austausch zwischen Unternehmen, Handels- und Handwerkerkammer fördern sowie Chancen für den Ausbau des bilateralen Wirtschaftsverkehrs aufzeichnen. Ein ebenso wichtiger Aspekt unserer bilateralen Beziehungen ist die Kooperation im Hochschul- und Forschungsbereich: die Universität Luxemburg unterhält Partnerschaften mit 9 deutschen Universitäten. Des Weiteren ist seit 2012 das Max Planck Institut für Verfahrensrecht in Luxemburg beheimatet. Anfang letzter Woche haben das *Centre hospitalier Emile Mayrisch* und das renommierte Universitätsklinikum des Saarlandes eine Konvention unterschrieben, die es Studenten der Medizinischen Fakultät der Universität des

Saarlandes ermöglicht einen Teil ihre praktische Ausbildung im Luxemburg zu absolvieren. Des Weiteren wird eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Hornhauttransplantation angestrebt.

Unsere beiden Länder arbeiten nicht nur auf bilateraler Ebene erfolgreich zusammen, sondern arbeiten auch Hand in Hand in Bezug auf die Zukunft der Europäischen Union. Ein Thema, das mir besonders am Herzen liegt, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Europäische Union gegenwärtig schwierige, zugleich jedoch sehr spannende und gar historische Zeiten durchlebt. Mehr denn je müssen wir große Anstrengungen unternehmen, damit uns die Kernerrungenschaften der Europäischen Union, insbesondere die Personenfreizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums, nicht abhandenkommen. Ein grenzfreies Europa gehört zu dem Fundament auf dem unser heutiger Wohlstand beruht.

*

Schengen ist nicht nur ein beschauliches kleines Winzerdorf im Dreiländerdreieck Deutschland - Frankreich - Luxemburg, sondern ebenfalls eine der größten Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses. Es ist gelebtes Europa und das wissen wir besonders hier in Luxemburg zu schätzen, wo es von nirgends weit bis an die nächste Grenze ist. Es ist also nicht von ungefähr dass die Luxemburger in der Regel mit zu den pro-europäischsten Völkern in der EU gehören: Die Vorteile der Europäischen Einigung sind für uns greifbarer und werden ganz konkret wahrgenommen.

Im Juni letzten Jahres haben wir den 30. Jahrestag des Schengen-Abkommens gefeiert. Für uns ist es heute fast unvorstellbar, dass es nach zwei verheerenden Weltkriegen viele Jahre brauchte, um Grenzen abzubauen und langsam wieder Vertrauen aufzubauen. Der Schengen-Raum stellt für seine Bewohner ein internationales Gut dar, das wir nicht für selbstverständlich erachten dürfen. Dabei geht es nicht nur um Reisefreiheit, sondern auch um die wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus dem Schengen Abkommen für viele Bereiche ergeben: für den Handel, für den Verkehr, für die vielen Pendler, für den Tourismus usw. Der Binnenmarkt kann seine inhärenten Vorteile nur dann optimal entfalten, wenn es keine Grenzkontrollen gibt. Gleiches gilt für die Wirtschafts- und Währungsunion.

Natürlich hat Schengen eine wichtige Bedeutung für die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Luxemburg und Deutschland. Für den kleinen Grenzverkehr und für mehr als 40.000 Grenzgänger ist die 135 Kilometer lange deutsch-luxemburgische Grenze seit Jahrzehnten offen und diese Freizügigkeit ist aus dem

Alltag nicht mehr wegzudenken. Wir haben es geschafft die Großregion zusammenwachsen zu lassen und die Grenzen in den Hintergrund zu rücken. Eine Rückkehr zu den Kontrollen, wie sie Anfang der achtziger Jahre noch stattfanden, ist völlig unvorstellbar und hätte dramatische Auswirkungen auch weit über die wirtschaftlichen Beziehungen hinaus. In den Grenzregionen käme es zu einem regelrechten wirtschaftlichen Kollaps der den zwischenstaatlichen Beziehungen erheblich schaden würde. Im Falle Luxemburgs hätte dies dramatische Auswirkungen auf die gesamte Großregion.

Bedauerlicherweise hat die Migrationskrise dazu geführt, dass das Prinzip offener Grenzen im Schengen-Raum temporär ausgesetzt wurde. Die Skepsis in Europa wächst ebenso wie die Furcht vor einer unkontrollierten Einreise von Flüchtlingen und vor Terroranschlägen auf europäischem Boden. Ein Rückzug an die nationalen Grenzen als einzige und letzte Schutzlinie wird vermehrt in Erwägung gezogen, unterstützt durch populistische, antieuropäische oder gar xenophobe Sichtweisen, welche das Schengen-Abkommen und die Freizügigkeit in Europa in Gefahr bringen.

Früher galt es alle Informationen in Bezug auf die Sicherheit des Landes strikt geheim zu halten. Heute gilt, dass die Innere Sicherheit jedes europäischen Landes – gar den Inseln – nur garantiert ist gegen den Terrorismus, und internationale organisierte Kriminalität, wenn ein intensiver Austausch aller Informationen der Schengen und EU – Länder konkret stattfindet. Es gilt also die Außengrenzen des Schengen-Raums intelligent, mit den technischen Möglichkeiten zur Kontrolle biometrischer Reisepässe auszustatten, um hiermit eine optimale Einsicht über die 200 Millionen Einreisen und Ausreisen pro Jahr in den Schengen-Raum zu gewährleisten.

Im Anbetracht der aktuellen Befürchtungen sollten wir niemals einige grundpragmatische Konsequenzen aus den Augen verlieren. Die Frage lautet: Wollen wir jedoch wirklich auf die direkten und indirekten Vorteile, die das Schengen-Abkommen bietet, verzichten? Können und wollen wir auf eine Grunderrungenschaft wie die des Schengen-Abkommen einfach so verzichten?

In einer neulich veröffentlichten Studie hat das Jacques Delors Institut aufgezeigt, dass ein Ende von Schengen den Euroraum und den europäischen Binnenmarkt sehr stark beeinträchtigen würde. Man kann davon ausgehen, dass der so angerichtete wirtschaftliche Schaden im Schengen-Raum ganze 63 Milliarden Euro jährlich

betragen könnte. Insbesondere der Binnenhandel würde stark beeinträchtigt werden. Die aktuelle wirtschaftliche Lage erlaubt es uns nicht, gleichgültig über solche Kosten hinwegzusehen. In der Tat, die Grenzbewegungen innerhalb des Schengen-Raums belaufen sich zurzeit auf 1,25 Milliarden Personen, 1,7 Millionen am Tag im Durchschnitt.

Der Europäische Rat hatte schon am 18. und 19. Februar 2016 den klaren Auftrag erteilt, einen normal funktionierenden Schengen-Raum wiederherzustellen und Mitgliedstaaten, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden, uneingeschränkte Unterstützung zu gewähren.

Anfang März 2016 stellte die europäische Kommission deshalb einen ausführlichen Fahrplan vor, der konkrete Schritte aufzeigt, welche erforderlich sind, um einen geordneten Schutz der Außen- und Binnengrenzen der EU wiederherzustellen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist Anfang des Monats erfolgt, als die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache ihre Arbeit aufgenommen hat. Es ist das erste Mal, dass alle Mitgliedstaaten gemeinsam für eine Schengen-Außengrenze zuständig sind und so ein praktisches Beispiel von Solidarität in der EU geben. Die europäische Grenz- und Küstenwache ist von entscheidender Bedeutung für die bessere Sicherung der EU-Außengrenzen und ein entscheidender Baustein, um bis Ende des Jahres das normale Funktionieren des Schengen-Raums wiederherzustellen. Fällt der Euro, fällt Europa sagt die deutsche Bundeskanzlerin. Fällt Schengen, fällt das Europa des Bürgers. Nun die EU ist ein Projekt welches dem Bürger jeden Tag beweist dass wir nicht nur ohne Krieg leben wollen, sondern in einem Geist in dem Gemeinschaftliches Trumpf ist, also innere Grenzen abgebaut gehören.

Die EU ist in dem Sinne kein Projekt in welchem Mauern und Stacheldraht, Hass und Ausgrenzung die Menschen erwarten die vor dem Krieg auf der Flucht sind.

Die EU ist auch kein Projekt in welchem die These verbreitet wird dass jeder Flüchtling ein Terrorist ist.

Die Regierungen jener Mitgliedsländer die solches im Schilde führen qualifizieren sich für ein Europa welches nicht jenes der Gründerväter ist, welches nicht jenes der Grundwerte und der elementarsten Menschlichkeit ist.

Nun in der Migrationspolitik gibt es keine nationalen Lösungen. Die Probleme sind grenzüberschreitend, also müssen auch die Lösungen grenzüberschreitend sein. Die

Wiedereinführung der Grenzkontrollen muss zeitlich und auch räumlich begrenzt bleiben. Mauern und Zäune, Schlagstöcke und Tränengas haben noch nie Probleme gelöst, das hat die Geschichte uns gelehrt.

Schengen darf nicht ausgedient haben. Im Gegenteil Schengen ist heute wichtiger denn je zuvor und wir müssen dafür sorgen, dass wir den Schengen-Raum erhalten und weiterhin ausbauen. Uns Luxemburgern, gemeinsam mit den Rheinland-Pfälzern und den Saarländern, ist in diesem Fall aufgrund unserer geografischen Lage eine besondere Verantwortung und Verpflichtung aufgetragen worden und gemeinsam müssen wir dafür streiten, dass weiterhin offene Grenzen zu unserem Wohlstand und zu unserer Weiterentwicklung beitragen.

*

Auf einer ganz anderen Tasteratur der EU müssen wir uns auch stärker darum bemühen, den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Für unsere Unternehmen ist ein gut funktionierender europäischer Binnenmarkt von großer Bedeutung, besonders in einem Kontext, der von einer zunehmenden Globalisierung geprägt ist. Der Binnenmarkt verfügt über ein enormes Potenzial was bis dato noch nicht völlig ausgeschöpft werden konnte. Erfreulich ist es daher, dass die Europäische Kommission im Oktober 2015 einen Fahrplan veröffentlicht hat, der darauf abzielt, das Potenzial des Binnenmarktes vollständig zu entfalten. Investitionen spielen für eine positive Entwicklung des Binnenmarktes eine Schlüsselrolle. Seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise leidet die EU unter einem zu niedrigen Investitionsniveau. In diesem Zusammenhang spielt die von der europäischen Kommission gestartete Investitionsoffensive eine zentrale Rolle. Das Vorhaben der europäischen Kommission, die Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen und seine Finanzierungskapazität zu verdoppeln, geht in die richtige Richtung, denn die Wirtschaft braucht dringend mehr Investitionen. Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft in diesem Zusammenhang an einem Strang ziehen. Investieren heißt Arbeitsplätze absichern und neue schaffen, im Sinne des gemeinsamen Friedensprojektes der Europäischen Union.

*

Die Zukunft der europäischen Union hängt zu einem großen Teil davon ab, wie sehr die Menschen im Stande sind sich in Zukunft mit diesem gemeinsamen Projekt zu identifizieren. Die zunehmende Infizierung durch rechtspopulistische Parteien auf dem europäischen Kontinent, sei es in Frankreich, in den Niederlanden, Ungarn, Italien, Österreich, und so weiter - verstärkt durch die Auswirkungen der weltweiten

Flüchtlingskrise und des Terrors - ist Grund für Besorgnis. Es obliegt vor allem uns nationalen Politikern unsere Wähler vom Mehrwert der EU zu überzeugen und nicht wie in der Vergangenheit die EU für die Probleme verantwortlich zu machen, die man auf nationaler Ebene nicht zu lösen vermocht hat. Wenn man den Menschen jahrelang eine negative Vision Europas vermittelt hat, muss man sich nicht wundern, dass diese sich gegen die EU aussprechen.

Es gilt den Menschen überzeugend verständlich zu machen dass nationale Schritte allein nicht genügen um sich vor der Terrorgefahr zu schützen, oder beispielsweise die Klimaschutzziele zu verwirklichen. Nur im Verbund mit unseren Partnern in Europa ist dies gemeinsam zu erreichen.

Der Riss der zurzeit durch die EU geht und Länder einerseits in pro-Integrationswillige und andererseits in Renationalisierungsbefürworter teilt ist verhängnisvoll.

Weniger EU oder mehr EU ist nicht die Frage. Wir brauchen eine effiziente EU die fähig ist gemeinsam Entscheidungen zu treffen und diese dann auch umzusetzen. Eine EU die also verantwortlich und solidarisch handelt.

Luxemburg, wie auch Deutschland, bedauern den Austritt Großbritanniens aus der EU sehr. Für die Europäische Union und vor allem für die nationalen Regierungen geht es nun darum, richtig zu handeln. Wir stellen uns auf einen *schwierigen* Verhandlungsprozess ein. Wichtig ist, dass die EU-Verträge vollständig respektiert werden und, dass es nicht zu einem „*cherry-picking*“ kommt. Das heißt: kein Binnenmarkt „*à la carte*“ und keine spezifischen Anforderungen, die sich etwa gegen die Prinzipien der Europäischen Union auswirken könnten. Trennungen sind in der Regel nicht einfach und ich glaube sowohl Großbritannien als auch die EU haben großes Interesse daran diese Trennung im größtmöglichen Einvernehmen zu vollziehen. Keiner der verbleibenden Mitgliedstaaten hat diesen Austritt gewollt. Also ist es auch verständlich, dass die verbleibenden Mitgliedstaaten sich während den Verhandlungen dafür einsetzen werden, dass ihnen hierdurch keine Nachteile entstehen werden. Luxemburg wird hier keine Ausnahme sein. Die Europäische Union muss nun zeigen, dass das Austreten eines Landes nicht den Zusammenhalt und das wirksame Funktionieren der anderen verbleibenden Mitgliedstaaten beeinträchtigen kann und in den Verhandlungen auf Basis des Artikels 50 zeigen dass ein Land welches entschieden hat auszutreten nicht bestraft, aber auch dafür nicht belohnt wird.

*

Dies gilt ebenfalls für Handelsfragen. Die EU steht kurz davor das CETA-Freihandelsabkommen mit Kanada zu unterschreiben. Das Abkommen befindet sich auf der Zielgeraden und doch ist ein Scheitern nicht ausgeschlossen, denn in vielen EU-Mitgliedsstaaten gibt es Bedenken. Es gilt die Angst der Bürger vor einer wilden Globalisierung ernst zu nehmen. Freihandelsabkommen bedeuten keineswegs, dass Konzerne die Regeln des Welthandels festlegen, an die sich Staaten dann halten müssen. Genau das Gegenteil gilt. Die Politik schafft den Rahmen, die Regeln nach denen der Freihandel sich entwickeln kann. CETA ist hier beispielhaft. Dies ist unabdingbar, um die Auswirkungen des Kapitalismus im Zaum zu halten und ihm ein soziales Antlitz zu geben.

Daher ist es wichtig gewappnet zu sein für die Zukunft und sich Verbündete zu suchen: Wir sind auf starke Partner angewiesen, die unsere Ansichten und Wertvorstellungen teilen. Kanada ist unbedingt ein solider Partner. Dies umso mehr nach dem geplanten EU-Ausstieg Großbritanniens: Nach dem Brexit wird der Anteil der EU am weltweiten Bruttosozialprodukt von 22 auf 18 Prozent fallen. Strategische Partnerschaften wie CETA tragen dazu bei, dass die EU die Regeln des Welthandels auch weiterhin mitbestimmen kann. Es ist doch wesentlich besser *mitzubestimmen*, als dass andere über uns bestimmen!

CETA trägt ohne jeglichen Zweifel die soziale und demokratische Handschrift der EU, dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Da wäre beispielsweise der Schutz der Arbeitnehmerrechte. Durch CETA sind die Vertragsparteien verpflichtet die acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren. Ein weiteres Beispiel ist die gesetzgeberische Regelungshoheit auf allen staatlichen Ebenen. Dies bedeutet, dass die EU auch weiterhin das Recht behält Bereiche von öffentlichem Interesse wie Umwelt, Gesundheit und Sicherheit nach ihren eigenen Vorstellungen zu regulieren. CETA hat keinen negativen Einfluss auf die Lebensmittel- oder Umweltvorschriften in der Europäischen Union. Artikel 191 des Lissabonner Vertrags garantiert auch weiterhin selbstverständlich das Vorsorgeprinzip. Zuletzt möchte ich unterstreichen, dass sich Luxemburg sehr für das Einsetzen des geplanten internationalen Investitionsgerichtshofes eingesetzt und diese Idee aktiv mitgestaltet hat und gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und Dänemark federführend waren. Er wird Doppelklagen und eine Paralleljustiz der Konzerne wie im Falle Vattenfall unmöglich

machen und geringerer Gewinnerwartungen wegen etwaiger Gesetzesänderungen werden nicht als Klagegrund gelten.

Die Liste der Vorzüge des CETA-Abkommens ist also lang und ich hoffe, dass es möglich sein wird das Abkommen anlässlich des EU-Kanada-Gipfels am 27. und 28. Oktober zu unterschreiben. Dies würde die EU im Bereich des internationalen Welthandels gut für die Zukunft aufstellen.

*

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wie zu Beginn bereits angedeutet leben wir in spannenden, aber auch schwierigen Zeiten, die viele Gefahren und gleichzeitig auch viele Chancen für das Europäische Projekt in sich bergen. Nämlich die Chance aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Europäische Union besser für die Zukunft aufzustellen. Dafür brauchen wir ein grenzfreies Europa, einen funktionierenden Schengen-Raum, einen ebenso gut funktionierenden Binnenmarkt, mehr Investitionen in die Wirtschaft, und vieles mehr!

Als Gründungsmitglieder der Europäischen Union werden Deutschland und Luxemburg auch weiterhin für den Erhalt der vier Grundfreiheiten und darüber hinaus den Respekt der gemeinsamen Grundwerte eintreten. Kriege verhindert man nicht durch Verträge. Genauso falsch wäre es anzunehmen dass das Wohlergehen der Bürger ausschließlich vertraglich zu regeln ist. Hierzu braucht es politischer Wille der auf den fundamentalen Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit beruht, gepaart mit der uneingeschränkten Einsicht das Gemeinschaftliche voranzubringen.

In diesen stürmischen Zeiten müssen wir unsere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene noch weiter ausbauen und vertiefen um unseren Beitrag zu leisten, damit die Europäische Union die vor ihr liegenden Herausforderungen erfolgreich meistern kann. Das Schicksal eines Staates wie Luxemburg hängt davon ab.

Haben Sie vielen Dank.

*

*

*